

Laschet will mit grünen Themen punkten

Der NRW-Ministerpräsident möchte sich stärker als Umweltpolitiker profilieren

VON THOMAS REISENER

Düsseldorf. Der Ministerpräsident wirkt etwas verloren. Birgit Beckers und Britta Linnemann haben sich gut vorbereitet auf den Besuch von Armin Laschet (CDU). Mit durchgestrecktem Rücken stehen sie zwischen großformatigen Postern von seltenen Tieren, als der NRW-Regierungschef – begleitet von einer Entourage aus Fotografen und Mitarbeitern der Staatskanzlei – auf sie zuschreitet. „Und was machen Sie?“, will der Ministerpräsident wissen.

Beckers und Linnemann präsentieren auf der Düsseldorfer Artenschutzkonferenz rund 40 Biologische Stationen des Landes. Als Scharniere zwischen ehrenamtlichen Naturschützern und Umweltbehörden betreuen sie mehr als die Hälfte aller Naturschutzgebiete in NRW. „Unter anderem helfen wir den Menschen, ihre Umwelt zu verstehen“, sagt Beckers und will zu einem Kurzreferat ansetzen. Aber dann drängen Laschets Mitarbeiter ihn auch schon zum nächsten Stand. Ein kurzer Wortwechsel, eine freundliche Verabschiedung. Dann können Beckers und Linnemann dem Ministerpräsidenten nur noch hinterherschauen. „Ich hatte den Eindruck, dass er über unsere Arbeit nicht sehr viel wusste“, sagt Linnemann später.

13 Umwelteinrichtungen haben sich an diesem Tag in Düsseldorf aufgebaut, um zu zeigen, was geht. Das NRW-Umweltministerium hatte rund 300 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Kommunen und Forstwirtschaft zu einer Artenschutz-Konferenz eingeladen. Der ersten, die es je in NRW gab. Eine Veranstaltung, die Laschet gerade recht kommt. Gertas „Fridays-for-Future“-Be-



Rastlos auf der Artenschutzkonferenz: Armin Laschet in Düsseldorf.

Foto: Hans-Jürgen Bauer

wegung, der Youtuber Rezo und die dramatische Schlappe seiner Partei bei der Europawahl haben dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU vor Augen geführt, dass die Union gerade ein wichtiges Thema zu verpassen droht: Den Klimawandel und Umweltschutz. „Unsere Partei hat da besonderen Nachholbedarf, die Bedeutung des Themas zu erkennen“, räumt Laschet in seiner Ansprache ein.

Beim Thema Klimaschutz ist seine ganze Partei in die Defensive geraten. Aber zu den größten Stärken von Laschet gehört diese: Er redet die Stärken anderer nicht klein, sondern erkennt sie an.

Noch so ein Satz an diesem Montag, der das Artenschutz-Publikum aufhorchen lässt. Mit

Kritik vom BUND

Der NRW-Landeschef des Umweltverbands BUND, Holger Sticht, übt Kritik an der Politik der Landesregierung. Diese stehe bislang vielfach für das genaue Gegenteil von dem, was die Tagung „Insekten schützen – Artenvielfalt bewahren“ als Ziel vorgebe, sagte er. Eine zentrale Rolle spielen der ungebremste Flä-

chenverbrauch in NRW. Dadurch würden Lebensräume zerstört und der Artenschwund werde forciert. Auch der Beschluss, keinen zweiten Nationalpark auf dem artenreichen Truppenübungsplatz Senne anzustreben, stehe im Widerspruch zu glaubwürdigen Bemühen um Erhalt von Wildnis und Artenvielfalt. (dpa)

Blick auf die rot-grüne Vorgängerregierung in NRW sagt Laschet: „Beim Naturschutz hat die Vorgängerregierung Gesetze gemacht, die weiter waren als anderswo in Deutschland.“

Sein Stab dirigiert ihn durch den „Markt der Möglichkeiten“.

So nennen die Veranstalter das quirlige Nebeneinander von Infoständen, an denen der Landesbetrieb „Wald und Holz“ neben dem Fischereiverband und einem zoologischen Forschungsmuseum zeigen, wo der Natur der Schuh drückt. Und was

man dagegen unternehmen kann: „Ich kämpfe gegen die Lichtverschmutzung“, erklärt Harald Bardenhagen dem Ministerpräsidenten. Das weiße Licht der Städte sei für Insekten und Fledermäuse eine „Todesfalle“. Der Kölner Astronom hat eine Gelblicht-Laterne aufgebaut, die möglichst viele Strahler im öffentlichen Raum ersetzen soll. Laschet legt einen Arm auf die Laterne und sagt: „Das ist interessant.“ Und schon drängen seine Mitarbeiter ihn auch wieder zum nächsten Stand.

„Der Deutsche Wald wird vom Borkenkäfer aufgefrassen“, darf Philipp Freiherr von Heere dem Ministerpräsidenten gerade noch zurufen. NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU), die an diesem

Tag keine Minute von seiner Seite weicht, schneidet dem Freiherrn das Wort ab: „Er weiß darum“, sagt sie. Echten Austausch zwischen Laschet und den Naturschützern sehen die Organisatoren offensichtlich nicht vor. Befürchtet die Staatskanzlei, dass Laschet aus dem Bauch heraus Zusagen macht, die seine Regierung nicht einhalten kann? Oder fürchten sie einen fachlichen Disput, bei dem Laschet Wissenslücken einräumen muss?

Erstaunlicherweise nimmt dem Ministerpräsidenten an diesem Tag aber niemand die Kürze seiner Stippvisiten übel. Sein Interesse wirkt echt. Nicht er bricht die Gespräche ab, sondern seine Mitarbeiter.

Konsequenter Zuhörer

Im Wahlkampf 2017 war er auch in einer Defensiv-Position. In Umfragen lag die SPD meilenweit vorne, im Kampf um das Ministerpräsidentenamt wurden Laschet allenfalls Außen-seiterchancen eingeräumt. Bei dieser Artenschutzkonferenz ist er in einer ähnlichen Situation. Speziell beim Boom-Thema Umweltschutz hinkt seine Partei hinterher. Laschet drehte die Lage damals, indem er den Zuhörer gab. Monatlang tourte er durch das Land und sammelte zunächst nur die Unzufriedenheit ein. Die der Bürger, der Parteimitglieder, der Verbände. Erst, als sich alle verstanden fühlten, präsentierte er seine Konzepte. „Zuhören. Entscheiden. Handeln“ – so hatte Laschet damals seine Wahlkampagne überschrieben. Die Reihenfolge der drei Schlagworte war zugleich seine dreistufige Strategie. In der Umweltpolitik, diesen Eindruck vermittelt Laschet an diesem Montag, ist er bei Stufe eins. Zuhören. Wer ihn kennt, ahnt, dass er noch zwei weitere Stufen plant.

Kasseler Regierungspräsident ist erschossen worden

Walter Lübcke wurde tot an seinem Haus entdeckt – Die Ermittler gehen nicht von einem Suizid aus – Die Suche nach Täter und Motiv läuft

Kassel/Wolfhagen. Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ist an einem Schuss in den Kopf gestorben. Dieser sei von einer Kurzwaffe aus der Nähe abgefeuert worden, teilten Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft Kassel am Montag auf einer Pressekonferenz mit. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft haben sich keine Hinweise auf einen Suizid ergeben, sie geht von einem Tötungsdelikt aus und ermittelt gegen Unbekannt. Die Tatwaffe war den Ermittlungen zufolge vermutlich eine sogenannte Kurzwaffe, also etwa eine Pistole oder ein Revolver. Ermittelt werde in alle Richtungen.

„Wir haben noch keine Hinweise auf Täter und vor allem noch nichts zum Motiv“, sagte LKA-Chefin Sabine Thureau. Oberstaatsanwalt Horst Streiff sagte auf die Frage, ob die Tat in Zusammenhang mit früheren Morddrohungen gegen Lübcke während der Flüchtlingskrise stehen könnte, zu ei-



Wurde tot aufgefunden: Walter Lübcke, hier im Jahr 2012.

nem solchen Motiv gebe es noch keine Erkenntnisse.

Der 65-jährige Lübcke wurde der Staatsanwaltschaft zufolge in der Nacht zum Sonntag auf der Terrasse seines Wohnhauses im Landkreis Kassel von einem Angehörigen gefunden.

Reanimationsversuche seien erfolglos geblieben, sein Tod sei dann gegen 2.30 Uhr in einem Krankenhaus festgestellt worden.

Das Wohnhaus des Regierungspräsidenten war auch am Montag weiter von Einsatzkräften der Polizei bewacht und komplett abgesperrt. Es steht am Ortsrand des Dorfes Wolfhagen-Istha, in dem nur knapp 900 Menschen leben.

Lübcke hatte zehn Jahre lang das Regierungspräsidium Kassel geleitet, das eine Verwaltungsbehörde auf mittlerer Ebene zwischen dem Land Hessen und seinen Gemeinden ist. Sein überraschender Tod hatte am Sonntag Bestürzung ausgelöst: „Er war ein Brückenbauer, wie er besser nicht sein könnte“, hatten unter anderem Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Michael Boddenberg, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag, erklärt. Lübcke saß auch mehrere Jahre für die CDU im hessischen Landtag. (dpa)

Verbindliche Regeln für juristischen Rat aus dem Netz

„Legal Tech“ in kritischem Licht: Justizminister der Länder wollen die Digitalisierung der Justiz ausbremsen – Unerlaubte Rechtsberatung

VON HENNING RASCHE

Lübcke. Als die Menschen anfangen, ihre Krankheitssymptome zu googlen und sich die Diagnosen gleich selbst zu stellen, war klar: Die Digitalisierung ist mit gesundem Menschenverstand nicht aufzuhalten. Und sie zieht ihre Kreise. Nach der Medizin ist auch die Justiz dran. Anwälte und pfiffige IT-Experten prüfen, wie viel sich aus dem juristischen Arbeitsalltag auf Computerprogramme übertragen lässt. Zwischenbilanz: eine ganze Menge. Die Justizminister der Länder wollen die Digitalisierung der Justiz jetzt ausbremsen.

Wen die Fluggesellschaft nur verspätet auf die Ferieninsel gebracht hat, der hat sich womöglich schon mal auf dem Portal „flightright.de“ wieder gefunden. Dort verspricht der Betreiber der Seite, in nur wenigen Augenblicken die Ansprüche auf Entschädigung zu prüfen – und einzufordern. Und wer den Verdacht hat, sein Ver-

mieter könnte gegen die Mietpreisbremse verstoßen, der kennt vielleicht „wenigermiete.de“. Auch hier übernimmt ein Algorithmus die Tätigkeit eines Rechtsanwalts. „Legal Tech“ nennt man solche Angebote.

Weil den Landesjustizministern die Fortschritte auf diesem Feld schon vor zwei Jahren Unbehagen bereiteten, gründeten sie eine Arbeitsgruppe. Ab Mittwoch diskutieren die Justizministerkollegen auf der Justizministerkonferenz die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe. Nach Informationen unserer Redaktion sieht sie die „Legal Tech“-Angebote überaus kritisch. Sie will verbindliche Regeln einführen, um die automatisierte Justiz zu verhindern.

Die Unabhängigkeit der Gerichte und die Interessen von Verbrauchern müssten geschützt werden. Deswegen sollen informationstechnischen juristischen Angeboten klare Grenzen gezogen werden. So warnt Baden-Württembergs Justizminister Guido Wolf

(CDU) etwa davor, Gerichtsurteile auf Computer zu übertragen. „Gerichtliche Entscheidungen müssen Menschen vorbehalten bleiben“, sagt Wolf. „Den Gerichtsrechner, der Entscheidungen generiert, darf es nicht geben.“ Nicht alles was technisch möglich sei, dürfe umgesetzt werden.

Auf Seiten der Rechtsanwälte breiten sich Angebote wie die genannten Miet- und Flugrechtportale massiv aus. Die Programme sind sehr umstritten, weil derartige Tätigkeiten eigentlich Rechtsanwälten vorbehalten sind. Gegner der „Legal Tech“-Angebote halten diese für unerlaubte Rechtsberatung. Während sich Anwälte an Recht und Gesetz halten müssen, umgingen die Portale die Vorschriften. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe der Justizminister sehen vor, dass „Legal-Tech“-Plattformen Rechtsanwälten vorbehalten sein müssen, um Verbraucher vor unqualifizierter Rechtsberatung zu schützen.